

Kurdische Akademie für Wissenschaft und Kunst
Ekademya y Kurdi bo Zanist u Huner
Kurdish Academy of Science and Art

Dipl. Ing. Bruska Ibrahim
Tannenstraße 29 a
D-86510 Ried

1. März 1994

An die Fraktionen des
Deutschen Bundestages
Bundeshaus
53113 Bonn

Stellungnahme zu dem gemeinsamen Antrag der CDU/CSU, SPD und FDP vom 27.1.1994:
"Für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems in der Türkei"

Sehr geehrte Damen und Herren,

als parteipolitisch ungebundener Gelehrten- und Künstlerverein beobachten wir ebenso wie Sie mit großer Sorge die Eskalation der Gewalt gegen die Kurden in der Türkei und begrüßen es, daß Ihre Parteien nun endlich gemeinsam auf eine friedliche Lösung des Kurdenproblems hinwirken wollen. Allerdings ist es mit bloßen Ermahnungen, Appellen und Stellungnahmen nicht getan, besonders wenn diese mit jahrzehntelanger Verspätung zustandekommen, im Widerspruch zum politischen Handeln der Bundesregierung stehen und teilweise recht halbherzig formuliert sind. Bei allem Verständnis für Ihre Bemühung um eine diplomatische Ausdrucksweise müssen wir doch darauf hinweisen, daß allzu entgegenkommende Wendungen diktatorischen Regimen nur das mangelnde Stehvermögen der Gesprächspartner signalisieren und eher zu weiterer Gewalt ermutigen als davon abzuschrecken. Sie brauchen sich nur daran zu erinnern, welche Wirkung Frankreich und England mit ihrer Appeasement-Politik bei Hitler und seinen Gefolgsleuten erzielten, um die Richtigkeit dieser Feststellung einzusehen.

Im folgenden erlauben wir uns, auf einzelne Punkte Ihres Antrages genauer einzugehen:

Zu 1.

Von Gewaltakten der PKK gegen deutsche Einrichtungen in der Bundesrepublik ist uns nichts bekannt. Gewaltakte gegen türkische Einrichtungen wurden nicht von der PKK, sondern von Einzelpersonen verübt. Das Gegenteil müßte erst bewiesen werden. Berichte über Terrorakte der PKK gegen Kurden sind mit äußerster Vorsicht zu genießen, da erstens überzogene Aktionen einzelner nicht unbedingt der Partei anzulasten sind und es zweitens zur gängigen Praxis des türkischen Militärs und der Conterguerilla gehört, die eigenen Terror- und Mordaktionen der PKK in die Schuhe zu schieben. Es ist typisch für viele deutsche Politiker, daß sie den bewaffneten Freiheitskampf der insgesamt über 30 Millionen Kurden als "Terrorismus" abqualifizieren und dabei die Resolution 3103 der UN-Generversammlung vom 12.12.1973 mißachten: "Der Kampf der Völker unter kolonialer und Fremdherrschaft und rassistischen Regimes für die Durchsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist legitim und in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts. Jeder Versuch, den Kampf gegen koloniale und Fremdherrschaft und rassistische Regimes zu unterdrücken, ist unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen ... und stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar." Graf Stauffenberg, der versuchte, Hitler zu töten, war kein Terrorist, sondern ein Widerstandskämpfer, und Sie sind heute froh, daß es auch solche Deutsche gegeben hat. Sie als Bundesgenossen der Unterdrücker des kurdischen Volkes haben kein Recht, sich über das Handeln der militärisch weit unterlegenen kurdischen Freiheitskämpfer ein Urteil zu erlauben. Es sind nicht Ihre Dörfer, die von türkischem Militär dem Erdboden gleichgemacht werden, sondern unsere. Es sind nicht Ihre Familien, nicht Ihre Kinder, die der Vertreibung, der Folter und dem Mord durch Organe des türkischen Staates ausgesetzt sind. Sie können den Kurden daher auch nicht die Mittel vorschreiben, mit denen sie sich gegen die Vernichtung ihres Volkes verteidigen.

Zu 2.

Nicht die PKK betreibt menschenverachtenden Terror, sondern Ihr Bündnispartner Türkei, und das nicht erst seit die PKK existiert, sondern seit Bestehen der Türkischen Republik, d.h. seit über 70 Jahren. Sie haben

diesen Terror geduldet und zum Teil mitgetragen. Sie unterstützen nach wie vor das Terrorregime der Mullahs im Iran, obwohl diese auch auf deutschem Boden mehrfach Regimegegner getötet haben. Die Bundesregierung behandelte z.B. den Chef des terroristischen iranischen Geheimdienstes Falahian als Staatsgast. Ihre Haltung ist umso verwerflicher, als sie vorwiegend auf Exportinteressen zurückzuführen ist. Sie haben daher kein Recht, die PKK und andere kurdische Organisationen zu verbieten. Auch ist es recht merkwürdig, an die PKK zu appellieren, nachdem Sie diese verboten haben.

Zu 3.

Sie billigen hier das militärische Vorgehen der türkischen Regierung gegen die PKK, wenn auch in einschränkender Weise. Sie sollten aber aus den Vorgängen im Frühjahr 1993 wissen, daß ein sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen mit der PKK jederzeit möglich wären, wenn die türkische Seite nur wollte. Es wäre also nötig, auf einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen zu drängen, damit auch mit Hilfe der PKK eine friedliche Lösung gefunden wird. Die PKK-Führung hat ihre Bereitschaft dazu mehrfach signalisiert und damit bewiesen, daß sie keine terroristische Organisation ist. Nur wollen das anscheinend weder die türkische Regierung noch die meisten NATO-Staaten zur Kenntnis nehmen.

Zu 5.

Ihre Rüstungshilfe-Politik gegenüber der Türkei geht bewußt von völlig falschen Prämissen aus. Wann jemals hat die Türkei ihre Waffen zur Landesverteidigung eingesetzt? Bereitgehalten vielleicht - aber eingesetzt hat sie ihre Waffen immer nur zur Aggression, sei es auf Zypern oder gegen die Kurden. Gerade die aus NVA-Beständen an die Türkei verschenkten Waffen werden ausschließlich gegen die Kurden eingesetzt, so daß die deutsche Wiedervereinigung zwar ein Glücksfall für die Deutschen war, aber zu einer Tragödie für die Kurden wurde. Außerdem kann ein NATO-Partner mit 20 Millionen Kurden, die sich als Gegner der NATO betrachten müssen, im Falle eines Konfliktes militärisch kaum etwas wert sein.

Zu 8. und 10.

Sie sollten die von Ihnen beobachtete größere Dialogbereitschaft in der Türkei nicht nur begrüßen, sondern durch intensive Kontakte mit der demokratischen Opposition stärken und unterstützen.

Zu 12.

"...soweit die Sicherheitslage es zuläßt..." Da haben wir es: Ein wunderbares Alibi für die türkische Regierung, von Ihnen geliefert! Fazit: Die türkische Regierung braucht überhaupt nichts zu tun. Denn die von ihr selbst geschaffene und seit Jahrzehnten immer mehr verschärfte "Sicherheitslage" in Ostanatolien läßt natürlich keine der von Ihnen so freundlich geforderten Maßnahmen zugunsten der Kurden zu. Sehen Sie, das ist das, was wir mit Halbherzigkeit meinen!

Zu 13.

"...auf dem Weg eines Ausbaues des Rechtsstaates weiterzugehen..." Sie unterstellen hier, die türkische Regierung befinde sich auf einem solchen Weg, obwohl Sie wissen sollten, daß im Gegenteil in den letzten zwei Jahren mehr Menschen gefoltert und ermordet wurden als je zuvor, besonders Journalisten und Politiker, daß an die 900 kurdische Dörfer erbarmungslos vernichtet und Hunderttausende Kurden zur Flucht in die Städte gezwungen wurden, daß ein Verbotverfahren gegen die einzige noch erlaubte kurdenfreundliche Partei läuft, daß die kurdenfreundliche Presse massiven Repressalien ausgesetzt ist, daß Anwälte und Menschenrechtsvereine kaum Handlungsspielraum haben Es ist demokratischen Parteien unwürdig, einem solchen militaristischen Terrorregime gerartig nach dem Munde zu reden.

Sie berufen sich auf die NATO-Partnerschaft mit der Türkei. Ziel der NATO ist es aber laut ihrer eigenen Präambel, "die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten." Warum besinnen Sie sich nicht endlich auf diese Werte und treten wirklich dafür ein, anstatt faden-scheinigen wirtschaftlichen und strategischen Interessen hinterherzulaufen? Sie wissen doch, daß internationaler Frieden und ein florierender Handel nur auf den in der Präambel der NATO genannten Grundlagen gedeihen können. Jede andere Politik beruht auf kurzfristigem Opportunismus und wird auch in Zukunft nichts als Elend und Not für alle beteiligten Völker bringen, wahrscheinlich auch für Deutschland, wenn Sie noch lange so weitermachen. Daher sollten Sie gemeinsam mit Ihren NATO-Partnern und kurdischen Organisationen energisch auf eine friedliche und demokratische Lösung des Kurdenproblems in der Türkei hinwirken und sich nicht mit halbherzigen Alibi-Statements begnügen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Bruska Ibrahim

Bruska Ibrahim